

**Medienkonferenz zum neuen Infrastrukturbericht:
«Mit Wettbewerb und nachhaltiger Finanzierung an die Spitze» – Forderungen
der Schweizer Wirtschaft zur Infrastrukturpolitik**
Montag, 2. Juli 2012

Es gilt das gesprochene Wort

Liberalisierung, Finanzierung und Grundversorgung: die grössten Baustellen in der Schweizer Infrastrukturpolitik

Kurt Lanz, Mitglied der Geschäftsleitung von economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Ohne gut funktionierende Infrastrukturen können wir weder telefonieren noch im Internet surfen oder Briefe verschicken. Wir könnten uns nur sehr kleinräumig – zu Fuss – bewegen und sämtliche Geräte wie Kochherd, Waschmaschine oder auch die Heizung wären nutzlos, da wir weder Strom noch Gas beziehen könnten. Langfristige Investitionen in Infrastrukturen dürfen deshalb nicht vernachlässigt werden. Gesucht sind angesichts der grossen Herausforderungen neue Rezepte statt praxisfremde Ideologien, Nostalgie oder Heimatschutz für verkrustete Strukturen.

Quer durch alle Infrastrukturbereiche geht es immer wieder um dieselben Fragen. Kann oder soll die Versorgung durch den Staat oder den Markt sichergestellt werden? Wer beteiligt sich in welchem Ausmass an den Kosten für die teuren Infrastrukturen? Welche Leistungen müssen zwingend jederzeit für alle verfügbar sein? Diesen zentralen Fragen haben wir im neuen Infrastrukturbericht prominent Platz eingeräumt. Und economiessuisse liefert auch klare Antworten:

Liberalisierungen im Infrastrukturbereich müssen zügig vorangetrieben werden

Marktöffnungen führen, das zeigt der Telekommunikationsmarkt, zu besseren Leistungen zu tieferen Preisen. Aber es braucht klare Regeln, damit aus staatlichen nicht private Monopole werden. Die Schweiz hat insbesondere bei der Post, im Schienenverkehr und beim Strommarkt Nachholbedarf. Hier müssen Liberalisierungen zügig und konsequent vorangetrieben werden. Ebenso müssen Rollenkonflikte des Staates besser gelöst werden. So wie's beim Fussball wenig sinnvoll wäre, wenn Schiedsrichter, Trainer und Spieler ein und dieselbe Person sind, macht es auch in der Infrastrukturpolitik wenig Sinn, wenn der Staat Versorger, Regulator und Nutzer in einem ist. Genau dies ist aber beispielsweise bei der Post und im öffentlichen Verkehr der Fall.

Die Preise für Infrastrukturleistungen müssen sich an den Kosten orientieren

Werden Infrastrukturen von der Allgemeinheit finanziert, entstehen falsche Anreize. Ein aus politischen Gründen zu tief angesetzter Preis – etwa bei den Billettpreisen – scheint auf den ersten Blick attraktiv, hat aber weitreichende Folgen: Die Infrastrukturen werden übernutzt und die zeitlich beschränkten Engpässe zwingen zu teuren Ausbauten. Dies lässt sich beim Ausbau der Bahnnetze gut beobachten. Die richtigen Anreize können bei den Netzen nur mit einem marktorientierten Preissystem erreicht werden. Die Bahnbenutzer müssen deutlich mehr zur Finanzierung der Infrastruktur beitragen, die sie benutzen. Dies beinhaltet die Abkehr von zeitlich undifferenzierten Preisen. Vielmehr müssen in Zeiten hoher Nachfrage auch höhere Preise für die Netznutzung gezahlt werden.

Keine ausufernde Grundversorgung

Der Service public muss auf das beschränkt werden, was der freie Markt nicht anbietet. Tatsache ist, dass viele Grundversorgungsleistungen (wie beispielsweise die Lebensmittel- oder Treibstoffversorgung) ohne staatliche Service-public-Aufträge reibungslos und bis in Randregionen funktionieren. Im Gegensatz dazu wurde beim Strommarkt eine fragwürdige Grundversorgung zu Gestehungskosten eingeführt, die wegen zu tiefer Preise langfristige Investitionen gefährdet.